

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d



## Inhalt

Hermann Scheer MdB  
wirft Minister Wörner vor,  
mit seinem Weißbuch die  
Wirklichkeit zu vernebeln.

Seite 1

Bernd Reuter MdB for-  
dert die GRÜNEN auf, in  
der Entsorgungsfrage ihre  
Position endlich einmal  
zu klären.

Seite 5

Dietmar Franzke MdL  
weist darauf hin, daß  
Strauß in neue atomare  
Abenteuer hineinstol-  
pert.

Seite 6

Volker Neumann MdB  
zu den Ergebnissen des  
KSZE-Expertentreffens  
von Ottawa.

Seite 8

40. Jahrgang / 116

24. Juni 1985

### Lückenhaft und ohne durchdachte Schwerpunkte

Das neue Weißbuch wird den Anforderungen einer zukunftsorientierten und realistischen Verteidigungspolitik nicht gerecht

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Das Weißbuch 1985 "Zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr" stellt sich selbst unter vier Ansprüche, denen es nicht oder allenfalls sehr lückenhaft gerecht wird:

#### Erstens:

Umfassend dargestellt werden soll die Lage unserer Streitkräfte, doch das Bild bleibt für eine an politischer Kontrolle interessierte Öffentlichkeit unvollständig.

#### Zweitens:

Der Anspruch - eine sachliche Analyse des militärischen Kräfteverhältnisses und seiner wahrscheinlichen Entwicklung zu liefern, um daraus Folgerungen für die Planung ziehen zu können - wird nicht eingelöst, weil man sich die "Bedrohung" recht eigenwillig zurechtstutzt.

#### Drittens:

Über das vom Bundesverteidigungsminister verheißene "Gesamtkonzept für den Weg der Bundeswehr in die 90er Jahre" erfahren wir so gut wie gar nichts.

#### Viertens:

Durch einen Zahlenwust - in mitunter flotten Text gekleidet - und durch aufwendige Mehrfarbengrafik sucht das Weißbuch den Eindruck von Präzision und Fundierung zu erwecken, doch ein Nachfassen stößt auf Schwammigkeit und Rechenfehler.



**Zu 1) Lage unserer Streitkräfte**

Das Weißbuch gefällt sich in Nebensächlichkeiten - widmet etwa den Gliederungen von Wehrdienstgerichtsbarkeit und Militärseelsorge Farbschaubilder - und blendet Wesentliches aus. Nichts erfährt der Leser zum Beispiel über

- a) die nach wie vor bestehenden Anpassungs- und Sinnprobleme der jungen Männer während ihres Wehrdienstes (über Menschenführung und "Disziplin" findet sich manch wertender Satz, aber keinerlei Beobachtung),
- b) die Irritation, die auch zunehmend mehr Soldaten wegen des Spannungsverhältnisses zwischen Abschreckungsdoktrin und den sich entwickelnden Kriegsführungsoptionen empfinden (alarmierende Umfrageergebnisse zu diesem Komplex werden der Öffentlichkeit weiter vorenthalten),
- c) die konkrete Entwicklung der NATO-Strategie in den letzten Jahren. Von Interesse wäre zu erfahren, ob die angeblich notwendige Befähigung "zum taktischen und operativen Gegenangriff" das gültige Air-Land-Battle-Konzept (ALB) der US-Army - es sieht Vorstöße bis an die Oder vor - mit einschließt oder nicht. Eine Vielzahl sympathisierender Beiträge in vom Bundesministerium der Verteidigung kontrollierten Fachzeitschriften sowie die amtliche Verharmlosung von ALB als "bloß operativ" lassen diese Einbeziehung trotz gegenteiliger Beteuerungen des Ministers vor Erscheinen des Weißbuches befürchten.

**Zu 2) "Analyse" des Kräfteverhältnisses**

Unter dem hochtrabenden Zwischentitel "Methoden des militärischen Kräftevergleichs" sagt das Weißbuch etwas über die Schwierigkeiten des Analytikers und über die Funktionen des Kräftevergleichs, aber leider nichts darüber, wie man denn so eine Bewertung sachlich angemessen durchführt.

Das Angebot einer "Verrechnungseinheit", man denke an das von der US-Army entwickelte "armored division equivalent", um qualitativ und quantitativ Verschiedenes beiderseits der Demarkationslinie miteinander vergleichen zu können, wird souverän mißachtet. So stehen traditionelles Aufzählen (Erbsenzählen) und recht mutwillige qualitative Einschätzungen unvermittelt nebeneinander. Allerdings gilt diese Kritik auch den Weißbuch-Vorgängern früherer Regierungen.

Vor diesem Hintergrund verwundert die bereits vielfach widerlegte Behauptung wenig, daß der "Warschauer Pakt die numerische Überlegenheit seiner Streitkräfte steigert" und daß es ihm gelungen sei, "den qualitativen Vorsprung der NATO weitgehend wettzumachen".

Dies dient als Grundlage, um den Warschauer Pakt zu einem wahrhaft gefährlichen Tausend-sassa modellieren zu können. Er vermag laut Weißbuch schlimmstenfalls fast alles:

- die Nordflanke der NATO so bedrohen, daß eine Ausdehnung des Engagements der Bundesmarine bis in die Norwegensee erforderlich wäre;
- in Mitteleuropa nach kurzer Vorbereitung zum Angriff antreten. Danach müßte die Luftwaffe alles daran setzen, unseren erst in die Bereitschaftsräume marschierenden Heeresverbänden dadurch die Bewegungsfreiheit zu erhalten, daß sie den Luftstreitkräften auf der anderen Seite möglichst frühzeitig die Wirkungschancen nimmt;



- angeblich schon nach einer Woche (diese Aussage steht im Widerspruch zur Mehrzahl unabhängiger Analysen in den USA) den Großteil seiner zweiten strategischen Staffel in Mitteleuropa wirksam werden lassen: eine Annahme, die wohl eine deutsche Variante von FOFA - die höchst kostenträchtige Beschaffung und Entwicklung von Präzisionslenkwaffen zur "Unterbrechung in der Tiefe" - nötig erscheinen lassen soll.

### Zu 3) Kein Blick in die Zukunft

Dies ist der eigentliche Skandal: Während der Bundesverteidigungsminister sich mit dem bis 1998 reichenden Bundeswehrplan '86 als kompetenter Langfristdenker preist und für den Plan nie dagewesene Differenziertheit beansprucht, läßt er ein Weißbuch erarbeiten, in dem manches über Planungsorganisation sowie Planung an sich und im allgemeinen steht, in dem materielle Aussagen aber Seltenheitswert besitzen. Genauer: Festlegungen, über die sich diskutieren ließe, finden wir auf nur zehn von über 400 Seiten!

Dies geht einher mit der sich ausbreitenden Unsitte, mit dem GEHEIM-Stempel nach Belieben umzugehen.

### Zu 4) Der Anschein von Präzision und Fundierung

Man nehme nur ein schwerwiegendes Beispiel: Die Wörner'sche Personalplanung stellt sich als ein so nebulöses Gebilde dar, daß erst bei näherem Hinsehen deutlich wird: entweder es gibt nicht genannte, gar irgendwo versteckte, Maßnahmen, die das Personaldefizit der 90er Jahre ausgleichen könnten, oder aber die Rechnung geht nicht auf. Bei einer Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate und Wirksamwerden der darüber hinaus erkennbaren Vorschläge fiel die Bundeswehr bis 1997/98 auf unter 400.000 Mann.

Schon ab Ende der 80er Jahre müßte - wenn man an der Wörner'schen Aktivstärke von 456.000 Soldaten festhält - ein in mehrfacher Hinsicht teurer Maßnahmenmix erforderlich sein, der die Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 21 Monate, gar Frauen als Freiwillige und - in harter Konkurrenz mit der Wirtschaft - die Anwerbung von noch mehr längerdienenden Männern umfassen müßte. Da dieses offenkundig weder wünschbar noch realisierbar ist, wird nicht nur auf Sand gebaut, sondern der Öffentlichkeit dieser Sand auch noch in die Augen gestreut.

### Was von einem Verteidigungsweißbuch erwartet werden muß

Als selbstverständlich sollte wohl gelten, daß amtliche Rechnungen nicht mit den Regeln des Adam Riese kollidieren. Und ebenso notwendig dürfte sein, daß unsere Bundeswehr die Öffentlichkeit nicht als Schaubild interessiert, sondern als bewaffnete Großorganisation, die es demokratisch zu kontrollieren gilt und über deren Lage man in straffer Form das Wesentliche erfahren möchte, was Hinweise auf gern verdrängte Schwachpunkte einschließt.

Gleichrangig neben einem möglichst getreulichen Bild der Lage muß die Präsentation eines Konzeptes langfristiger Streitkräfte-Entwicklung stehen. Dabei wären alle wesentlichen Festlegungen inhaltlicher beziehungsweise materieller Art griffig darzustellen.

Ein solches Konzept läßt sich nur einsichtig machen, wenn unter anderem die folgenden Aspekte differenziert behandelt werden:

- a) Ein qualitativer und politischer Kräftevergleich, der nicht in erster Linie den theoretisch schlimmsten Fall als Ausgangspunkt nimmt und stattdessen auf realistischen und pragmatisch vorstellbaren Annahmen aufbaut.



- b) Die technisch-ökonomischen Vorteile und Risiken des vorgeschlagenen Planungspfadcs. Dies sollte mit einschließen: das Erkennen und Eingrenzen von Bereichen hoher technischer Entwicklungsrisiken und mutmaßlich überdurchschnittlichen militärspezifischen Inflationsraten; das Abschätzen von Ressourcenkonflikten vor dem Hintergrund von Modellen der Haushaltsentwicklung.
- c) Die Frage der Vereinbarkeit wesentlicher Strategie-Elemente. Beispiele: Das Weißbuch 1985 votiert sowohl für FOFA als auch SDI, zwei Ansätze, die sich schon von der Finanzierbarkeit her ausschließen. Darüber hinaus wird zwar für ein Anheben der nuklearen Schwelle votiert, aber es wird kein Wort darüber verloren, daß die Beschlüsse von Montebello in erster Linie ein Modernisierungs- statt ein Reduzierungskonzept atomarer Waffen sind, und daß die Verlagerung von Systemen kurzer Reichweite auf Systeme großer Reichweite - und parallel dazu die Dislozierung von sowjetischen SS-12/22-Raketen in der DDR und CSSR - die nukleare Schwelle in Mitteleuropa eher weiter senken. (Erstmals wird nämlich entgegen früherer Aussagen indirekt zugegeben, daß die SS 12/22-Systeme - deren Einführung bei einem INF-Abkommen rechtzeitig verhinderbar gewesen wäre - die atomaren Vorwarnzeiten verringert haben!)
- d) Die Wirkung auf die Kooperation im Bündnis, die von der Entscheidung für bestimmte Organisations- und Ausrüstungsstrukturen ausgeht. Dabei lautet die Alternative: internationale Spezialisierung und Komplementarität in der Verteidigung oder teure Rundum-Ausstattung aller Partnerländer.
- e) Und schließlich die sicherheitspolitische Verträglichkeit, die Entspannungs- und Abrüstungsfreundlichkeit der vorgeschlagenen Struktur. Hier muß es um Fragen der Krisenstabilität gehen, die eng mit der Abwesenheit provokatorischer Elemente und lohnender Ziele in einem Verteidigungssystem verknüpft ist. Darüber hinaus geht es um das Problem, wie sich durch Akzentsetzungen in der Bewaffnungsstruktur ein Abkoppeln vom Wettrüsten erreichen läßt. Jüngst hat die zweite ESEC-Studie strukturbezogene Fragen sicherheitspolitischer Stabilität zumindest angerissen. Konservative mit etwas gutem Willen scheinen also dazu durchaus in der Lage. Nichts davon findet sich freilich in dem Weißbuch von 1985.

(-/24.6.1985/va/ks)

+ + +



Beispiel atomare Entsorgung

**GRÖNE - nicht zur Übernahme von Verantwortung bereit**

Von Bernd Reuter MdB  
Mitglied im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

Vor wenigen Tagen haben die GRÖNEN sich wieder einmal zum Thema "Entsorgung von Kernkraftwerken" zu Wort gemeldet. Dabei schlugen die GRÖNEN auf ihren "Lieblingsfeind" ein. Das ist zur Zeit die SPD. Wen wundert es, nach den Ergebnissen der letzten Landtagswahlen.

Die GRÖNEN werfen der SPD vor, sie wolle der alten "Entsorgungslüge", die Wiederaufarbeitung von abgebrannten Kernbrennelementen sei schon Entsorgung, jetzt eine neue "Entsorgungslüge" anhängen, die besage, daß die direkte Endlagerung zur Entsorgung von Kernkraftwerken führe. Dabei ließen die GRÖNEN die Katze aus dem Sack. Es wurde deutlich: Sie wollen weder die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstäben noch wollen sie die direkte Endlagerung. Ihr Fraktionssprecher Christian Schmidt sagte wörtlich: "Wir wollen das Entsorgungsproblem nicht lösen, denn wenn wir es lösen, wird auch die Nutzung der Atomenergie akzeptabel." Er erklärte weiter, daß die GRÖNEN erst bereit seien über Entsorgungsmöglichkeiten nachzudenken, wenn alle Kernkraftwerke und alle anderen technischen Anlagen abgeschaltet worden seien. Ferner sind die GRÖNEN nach seiner Aussage nicht bereit, Holger Bömer bei seiner Bundesratsinitiative zur Durchsetzung der direkten Endlagerung zu unterstützen. Eine Vertreterin der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg setzte dann allem die Krone auf, als sie erklärte, auch wenn Untersuchungen und Studien ergeben würden, daß der Salzstock in Gorleben zur Endlagerung geeignet sei, sei sie gegen diese Endlagerung.

So geht es nicht. Wenn man in Parlamente gewählt werden will, wenn man sogar Minister stellen will, dann kann man nicht nur sagen, daß etwas nicht geht, dann muß man auch sagen, wie es gehen soll.

Wir Sozialdemokraten haben unsere Position klar gemacht:

- Wir wollen keine Wiederaufarbeitungsanlage.
- Wir wollen die zügige Verwirklichung der direkten Endlagerung, und
- wir wollen Zwischenlager, deren Bau und Betrieb genehmigungsfähig ist.

Auf eine derartig klare Haltung der GRÖNEN warten wir bis heute vergebens. Sie betreiben Obstruktion im Bund und wollen im Land Hessen mit uns zusammenarbeiten. Solange sie so unberechenbar bleiben wie jetzt, ist dies kaum möglich.

(-/24.6.1985/va/ks)

+ + +



Sinnlos und teuer**Die Staatsregierung marschiert in weitere atomare Abenteuer**

Von Dietmar Franzke MdL

Die bayerische Staatsregierung bastelt schon wieder an neuen kerntechnischen Großprojekten: Musterbeispiel dafür ist die Wiederaufarbeitungsanlage, bei der sich ausgerechnet die Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde eifertig über internationale Sicherheitsnormen hinwegsetzt, auch schon mal unrichtige und unvollständige Daten und Zahlen in Kauf nimmt und sich keinen Deut um den Widerstand der Bevölkerung kümmert. Dabei sollte auch dem Umweltministerium bekannt sein, daß das dicke Ende bei kerntechnischen Anlagen erst nach Genehmigung und Betrieb kommt: Dann nämlich, wenn es gilt, die ungeliebten und unbrauchbar gewordenen Atomeller wieder aus idyllischen bayerischen Landschaften verschwinden zu lassen.

Der bevorstehende Abbruch des Kernkraftwerkes Niederaichbach sollte Warnung genug sein. Obwohl schon 1965 klar war, daß der Hochtemperaturreaktor - vorsichtshalber als Versuchsanlage deklariert, damit die hohen Ausfallzeiten und -quoten zu rechtfertigen sind - nie wünschenswert funktionieren werde, weil das ganze System zu große Nachteile hatte, wurde der Reaktor weitergebaut, in Betrieb genommen... und nach nur 18 Volllasttagen (40-prozentige Auslastung) am 31. Juli 1974 wegen technischer Mängel endgültig abgeschaltet.

Seit elf Jahren verschandelt das streng bewachte, strahlende Bauwerk die schöne niederbayerische Landschaft an der Isar, ständiges Mahnmal, daß hier schon einmal 230 Millionen Mark in den Sand gesetzt wurden. Gerade in der Nachbarschaft des Atomzentrums Ohu sieht man solche Monumente technischer und politischer Fehlleistungen recht ungern. Deshalb bricht man jetzt ab - auf daß schon in fünf Jahren, wie die verantwortlichen Abbrecher meinen, wieder Kühe auf der grünen Wiese weiden und kräftig Milch geben können. So sieht es jedenfalls Dr. Löschhorn vom Kernforschungszentrum Karlsruhe, aber der muß es wohl so sehen, denn er darf für den Abbruch verantwortlich sein. Dr. Löschhorn schließt naturgemäß jegliche Schwierigkeit von vornherein aus.

Gefahren sehen allerdings das Bürgerforum gegen Atomkraftwerke Landshut und Umgebung und wir, die Sozialdemokraten. In unseren Bedenken werden wir gestützt durch ein 95-seitiges Gutachten des Freiburger Öko-Institutes, das nach sorgfältiger Prüfung zum Schluß kommt, der Abbruch ist ein "sinnloses, teures und gefährliches Projekt". Die wesentlichen Ergebnisse der Studie:

Die Entsorgung der beim Reaktorabriß anfallenden radioaktiven Abfälle ist nicht gesichert. Es besteht die Gefahr einer jahrelangen Zwischenlagerung in Niederaichbach im ehemaligen Maschinenhaus des Atomkraftwerkes. Denn wohin der Atom Müll gehen soll - es fallen immerhin 130.000 Tonnen Bauschutt an - ist bislang nicht bekannt. Kommt die Landessammelstelle Mitterteich in Betracht, die freilich einige Zeit noch auf sich warten lassen wird? Oder wurden WAA-Anträge deshalb so schnell auf ausschließliche Errichtung eines Eingangslagers im ersten Schritt geändert? Oder bedient man sich "großzügig" der normalen Mülldeponien in Landshut und Umgebung? "Solange man nicht weiß, wohin mit dem gefährlichen Schutt, ist damit zu rechnen, daß er an Ort und Stelle bleibt." Möglicherweise fällt den Verantwortlichen da wieder ein gefährlicher "Trick" ein - in der Art, wie das radioaktive Wasser beseitigt wird. Nach dem ersten Beseitigungsplan aus dem Jahre 1980 wären nämlich 80.000 Fässer zu je 200 Litern mit endzulagerndem flüssigen Sekundärabfall angefallen. Nach den Plänen des Jahres 1985 gibt es dieses Problem nicht mehr: die radioaktiven Abwässer aus Niederaichbach werden über das benachbarte Kernkraftwerk Isar 1 in Ohu in die Isar geleitet.



- Großzügigkeit wollen die Abreißer auch beim Stahlschrott walten lassen. Sie haben gleichzeitig mit dem Reaktorabriß Grenzwertfestlegungen zwischen radioaktiven und nicht radioaktiven Abfällen beantragt, die nach Meinung der Wissenschaftler gegen Atomgesetz und Strahlenschutzverordnung verstoßen. Wiederverwerteter Stahl im Schiffbau würde die Besatzung über Jahre hinaus mit einem Vielfachen der jährlich zulässigen Strahlendosis belasten, schon der Träger einer Armbanduhr aus Niederaichbach-Stahl bekäme jährlich zehn rem ab, das 30-fache der zulässigen Strahlenbelastung. Die beantragte Freigrenzregelung für nichtradioaktiven Stahl würde zu unzulässigen und unkontrollierbaren Belastungen für die Bevölkerung führen.

Was bekanntlich ja kein Hinderungsgrund für die Staatsregierung ist: Die hat schließlich schon zugelassen, daß strahlender Stahl aus dem Maschinenbau des Reaktors Gundremmingen wahllos an interessierte Schrotthändler verkauft wurde.

- Natürlich muß der Abriß auch einen praktischen Effekt haben. Die Beseitigung soll nämlich - unter wohlgefälligem Nicken der Staatsregierung - den bislang ausstehenden Beweis bringen, daß eine generelle und gefahrlose Beseitigung heute üblicher Atomkraftwerke nach deren Betriebszeit möglich ist. Das freilich schließen die Freiburger Wissenschaftler aus: Diesen Beweis kann der Abriß von Niederaichbach nicht bringen, schon weil die jetzt gängigen Reaktoren ganz anders gebaut sind. Ganz abgesehen davon, daß das Vorhaben auch nicht dem Minimierungsgebot der Strahlenschutzverordnung entspricht.

Der Beseitigungsantrag ist überhaupt sehr locker formuliert. So werden beispielsweise besonders langlebige Zerfallsprodukte, die Halbwertszeiten von zigtausenden von Jahren haben, überhaupt nicht berücksichtigt. Bemerkenswerte Parallelen zur "Großzügigkeit" bei den WAA-Anträgen sind unübersehbar. Man darf in der Tat gespannt sein, wie hierauf das Umweltministerium als Aufsichts- und Genehmigungsbehörde reagiert.

Nach meiner Ansicht müssen jetzt die kritischen Punkte bei den Abrißplanungen, wie sie sich aus der Freiburger-Studie ergeben, sorgfältig überprüft werden. Falls diese Kritik sich auch nur in einem Punkt bestätigt, muß auf die jetzt geplante Beseitigung verzichtet werden. Die Staatsregierung muß dann im Interesse der Bevölkerung Nein zum Abrißantrag sagen.

Statt jetzt 100 Millionen Mark für die Beseitigung rauszuschmeißen, was angesichts ungelöster Entsorgungsprobleme unverantwortbar ist, wäre es ohnehin sinnvoller zu warten, bis die vorhandene Radioaktivität wesentlich mehr abgeklungen ist und tatsächlich ein Bundes-Endlager zur Einlagerung der anfallenden radioaktiven Abfälle zur Verfügung steht. Die Staatsregierung täte gut daran, auf den zweifelhaften Ruhm der weltweiten Erstbeseitigung einer Reaktorrunde zu verzichten, die zusätzliche Gefährdungen bringt und die relativ sichere "Unterbringung" des Atommülls im bestehenden Kraftwerk durch eine unsichere, weil nicht abschließende Zwischenlagerung ersetzt.

(-/24.6.1985/va/ks)

+ + +



Trotz allem - Ottawa war nützlich!

Die KSZE-Nachfolgetreffen in Bern und Wien müssen zu Erfolgen führen

Von Volker Neumann MdB

Nach dem KSZE-Expertentreffen für Menschenrechte und Grundfreiheiten in Ottawa, geht die Bewertung über die Konferenz in den 35 Teilnehmerstaaten weit auseinander. Die unterschiedliche Bewertung hängt zusammen mit den bereits vor der Konferenz öffentlich geäußerten Erwartungen. Für diejenigen, die die Diskussion über die Menschenrechte als Katalysator für die Veränderung der gesellschaftlichen Systeme bestimmter Teilnehmerstaaten betrachten, muß das Ergebnis dieser Konferenz enttäuschend sein. Bei einer realistischen Einschätzung der Möglichkeiten zur Überwindung der zur Zeit bestehenden grundsätzlichen Unterschiede der Vorstellungen in Ost und West über das Wesen der zu schützenden Menschenrechte, war die Konferenz nützlich.

In Ottawa hat sich abermals der westliche Gegensatz zur östlichen Auffassung über die Menschenrechte offenbart. Der Osten vertritt eher die kollektive Dimension, wie das Recht auf Leben, auf Arbeit, auf Erziehung und Gesundheitsschutz. Darüber hinaus - und das war vor und nach Helsinki kein Geheimnis - ist er vorwiegend daran interessiert, den politischen und territorialen Status Quo zu sichern.

Wer es ernst meint mit der Durchsetzung der Menschenrechte im klassischen Sinn, nämlich als individuelle Persönlichkeitsrechte, kann allerdings nicht umhin, eine Strategie weiterzuentwickeln - auch im KSZE-Prozess - die sich auf die Menschenrechtspakete der Vereinten Nationen gründet und die auch im östlichen Machtbereich popularisiert. Dem hätte sicher auch ein wünschenswertes, leider nicht erreichtes abschließendes Dokument der Expertenkonferenz gedient. Jedoch die Tatsache allein, daß über die Menschenrechte in sachlicher und offener Diskussion mit der östlichen Seite gesprochen werden kann, ist immerhin schon ein Erfolg. Denn auch der Osten kann auf Dauer die Diskussion um die unterschiedlichen Auffassungen über die Menschenrechte im eigenen Machtbereich nicht verbergen.

Auf der anderen Seite sollte aber der Westen nicht von vornherein die Diskussion über solche Rechte ablehnen, auf die der Osten Wert legt. Es ist nicht abwegig, das Recht auf Leben auch durch das Fehlen von Abkommen auf den Gebieten der Abrüstungs- und Rüstungskontrolle gefördert zu sehen. Auch die von östlicher Seite immer wieder aufgeworfenen Fragen der Verletzung der Rechte auf Arbeit, Erziehung und Gesundheitsschutz verdienen ernsthafte Diskussion. Der von vielen als "Schlagabtausch der Blöcke" bezeichnete Vortrag konkreter Einzelfälle von Menschenrechtsverletzungen aller Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki, zwingt zumindestens auch die kommunistischen Staaten, sich mit den Vorwürfen auseinanderzusetzen; auch bei einem verbal-formalen Rückzug auf die Position des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten ihres Landes.

Als vorläufiges Ergebnis bleibt festzuhalten, daß dieses Expertentreffen nicht nur notwendig, sondern auch sinnvoll war, um das Bewußtsein für die Menschenrechte in Ost und West wachzuhalten und zu stärken. Es bleibt zu hoffen, daß auch das Expertentreffen über menschliche Kontakte im April 1986 in Bern und das KSZE-Folgetreffen im Herbst 1986 in Wien auf dem langen Weg zur Durchsetzung der universell geltenden Menschenrechte mindestens ebenso nützliche Schritte werden.

(-/24.6.1985/va/ks)

+ + +

